



## **Skandal um das LVM – Bewusster Verfassungsverstoß!**

Die Bedenken gegen das Hamburger LVM haben sich bestätigt. Das LVM widerspricht der Systematik des Art. 33 Abs. 2 GG und ist verfassungswidrig. Dies war den Verantwortlichen laut Medienberichten vom 24. April 2010 sogar aufgrund eines zu dieser Frage in Auftrag gegebenen Gutachtens von Prof. Dr. Schnellenbach von Anfang an bekannt. Selbst der Bürgerschaft gegenüber wurde dieses Gutachten verschwiegen.

### **Dies ist schlichtweg ein Skandal!**

Ganz besonders bedenklich ist in diesem Zusammenhang, dass einige Verantwortliche, die das LVM unterstützt und lauthals – entgegen des vorliegenden Gutachtens - als rechtssicher bejubelt haben, vor seiner Einführung noch einmal die Karriereleiter „kometenhaft“ nach oben geklettert sind. Diese *Bejubler* kamen in den Genuss nicht unerheblicher Beförderungen und wären nach Einführung des LVM nicht mehr so „kometenhaft“ befördert worden.

Wäre das LVM, so wie angekündigt, rechtmäßig gewesen, so hätte es einer gerichtlichen Überprüfung stand gehalten. Der einzige wahre Grund, eine gerichtliche Überprüfung (auch weiterhin) kategorisch abzulehnen, liegt in der Angst, dass ein rechtsfehlerhaftes System als solches enttarnt wird und weitere Details – so wie schon geschehen – ans Tageslicht gebracht werden.

Wir sind der Auffassung, dass unsere Verwaltungsgerichtsbarkeit funktioniert und wir dieser vertrauen dürfen. Wir alle sind an Recht und Gesetz gebunden.

**Wir wollen keine rechtsfreien Räume, die sich der staatlichen Überprüfbarkeit entziehen und somit Willkür und Opportunität möglich machen.**

**Wir sind empört darüber, dass unsere Kolleginnen und Kollegen für dumm verkauft wurden!**

### **Wie geht es weiter?**

Nach interner verlässlicher Quelle soll zukünftig nun nach den Vorgaben des OVG Hamburg und des BVerwG befördert werden. In diesem Zusammenhang ergeben sich eine Reihe von Rechtsfragen, die verlässlich und zufriedenstellend gelöst werden müssen.

Unsere Kolleginnen und Kollegen haben einen Anspruch darauf, ihren beruflichen Werdegang langfristig planen zu können.

Wir fordern ein ehrliches, rechtsicheres und transparentes Beförderungsmodell und damit verbunden, ein nachvollziehbares Beurteilungssystem; Leistung muss sich wieder lohnen, dazu muss fair und ehrlich beurteilt werden.

**Wir fordern die politische Aufarbeitung dieses für die Hamburger Polizei einzigartigen Skandals und die Offenlegung der Verantwortlichkeiten.**

Der Landesbezirksvorstand

Hamburg, 29.04.2010